

Stand: 16.03.2026 22:40:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9999

"Verkehr - Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität (Teil II) 01.07.2020 - 23.09 2020"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/9999 vom 22.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11687 des BV vom 01.12.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11747 vom 02.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 02.12.2020



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Bewertung des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ von 2011 (Teil I)

01.07.2020 – 23.09.2020

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität (Teil II)

01.07.2020 – 23.09.2020

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 27. Sitzung am 22. September 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung sind die Konsultationen [Teil I](#) und [Teil II](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Seit 2011 bildet das „[Weißbuch Verkehr](#)“ einen übergreifenden Rahmen für die Prioritäten, Ziele und Initiativen der Kommission im Bereich der EU-Verkehrspolitik. Da einige Ziele des Weißbuches bis 2030 erreicht werden sollen, ist es aus Sicht der Kommission angezeigt, eine Überprüfung des Weißbuches vorzunehmen.

Aktuell arbeitet die Kommission an einer umfassenden Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Verkehrssektor soll diese Strategie einen Weg für den nachhaltigen und digitalen Wandel des Sektors aufzeigen. Ziel dabei ist es, ein widerstandsfähiges und krisenfestes Verkehrssystem für künftige Generationen aufzubauen und die in den Mitteilungen zum europäischen Grünen Deal und zu einem Europa für das digitale Zeitalter gesetzten Ziele zu erreichen.

Die Konsultation im Teil I befasst sich mit der Initiative zur Evaluierung des „Weißbuchs Verkehr“. Der Fragebogen hat dabei - auf die Vergangenheit bezogen - Maßnahmen der EU im Bereich Verkehrspolitik zum Gegenstand, die in der Folge umgesetzt wurden. Der Bayerische Landtag hat diesbezüglich bereits 2015 an einer Konsultation der Kommission zur „Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011“ teilgenommen und mit Beschluss [Drs. 17/7698](#) vom 21.07.2015 eine Stellungnahme abgegeben.

Die Konsultation im Teil II hat – auf die Zukunft bezogen - die Initiative zu einer EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität zum Gegenstand. Der Fragebogen befasst sich dabei, mit Bezug auf die Mitteilung der Kommission zum europäischen Grünen Deal [COM\(2019\) 640 final](#) (s. hierzu Beschluss des Bayerischen Landtags [Drs. 18/8454](#) vom 17.06.2020), insbesondere mit künftigen Maßnahmen der EU im Bereich Verkehr und Mobilität.

Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr beteiligt sich an beiden Konsultationen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/9999**

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Verkehr**

Öffentliche Konsultation zur Bewertung des Weißbuchs "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" von 2011 (Teil I)

01.07.2020 - 23.09.2020

Verkehr

**Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente
Mobilität (Teil II)**

01.07.2020 - 23.09.2020

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende
Stellungnahme abzugeben:

Die Europäische Kommission hat am 28.03.2011 das Weißbuch Verkehr mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vorgelegt. Dabei soll auch den Herausforderungen in Bezug auf die steigenden Treibhausgasemissionen, die Ölabhängigkeit, die Infrastrukturüberlastung, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in den großen städtischen Zentren begegnet werden. Hierzu enthält das Weißbuch Verkehr 40 konkrete Maßnahmenvorschläge.

Der Bayerische Landtag sieht bei der Ausgestaltung der europäischen Verkehrspolitik eine erhebliche landespolitische Bedeutung. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums ist für Bayern als Land im Herzen Europas mit wirtschaftlichen Verflechtungen in den gesamten europäischen Raum wichtig.

Mit dem Weißbuch Verkehr 2011 und den daraus entstandenen EU-Mobilitätspaketen 2017/2018 wurden viele positive Maßnahmen angestoßen. Allerdings erweisen sich die Einsparziele und Zeitpläne im Verkehrsweißbuch als sehr ambitioniert und optimistisch und sind nur mit einer entsprechenden Mittelausstattung zu realisieren. Die einseitige Konzentration auf die Verringerung der verkehrsbedingten Kohlendioxide (um 60 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990) berücksichtigt andere Aspekte der Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte nicht im gebotenen Umfang. Auch die Verlagerungsziele (bis 2030 30 Prozent und bis 2050 mehr als 50 Prozent des Straßengüterverkehrs über 300 km auf andere Verkehrsträger) sind sehr ambitioniert. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass beim Schienenverkehr hinsichtlich der Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums gerade auch im Hinblick auf die Interoperabilität noch zu wenig erreicht wurde.

Das im Weißbuch genannte Ziel der Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes bis 2050 deckt sich mit den Zielen der TEN-V-Leitlinien, die aus bayerischer Sicht zu begrüßen sind. Es fehlt jedoch weiterhin die ausreichende Finanzierung des Ausbaus der Infrastruktur.

Das Verkehrsweißbuch will bis 2050 die Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz, vorzugsweise Hochgeschwindigkeitsschienennetz, sicherstellen. Mit dem Bahnknotenkonzept München unterstützt der Freistaat die Forderung zur verbesserten Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz. Das im Weißbuch vorgesehene Ziel eines einheitlichen europäischen Luftraums wird unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards grundsätzlich befürwortet. Insgesamt führt ein einheitlicher europäischer Luftraum zu mehr Effizienz und Klimaschutz und ist eine wichtige Stellschraube, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Luftfahrt zu steigern.

Die Forderung nach einer vollständigen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher kann im ÖPNV nicht verfolgt werden, da der ÖPNV ansonsten für den Nutzer nicht bezahlbar wäre. Der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV würde erschwert werden, negative Auswirkungen wären die Folge.

Die Erarbeitung einer künftigen „EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität“ wird befürwortet. Hierbei soll u. a. durch die Beteiligung an der Konsultation versucht werden, bayerische Akzente in die künftige Strategie einzubringen und Konzepte zu entwickeln, um einerseits die derzeitige COVID-19-Pandemie zu bewältigen und andererseits auch auf etwaige künftige Krisen besser vorbereitet zu sein.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags stellen sich dabei folgende Aspekte als wesentlich dar:

1. Miteinander statt gegeneinander: Mobilität muss für alle in Europa sichergestellt sein – und zwar bedarfsgerecht, barrierefrei, nachhaltig und sicher.
2. Mobilität ganzheitlich betrachten: Eine künftige EU-Strategie muss sämtliche Dimensionen des Wandels – technologisch, wirtschaftlich, ökologisch und sozial – berücksichtigen. Trotz des Bekenntnisses zu den ehrgeizigen Klimaschutzzielen von Paris darf Mobilität kein Luxusgut werden. Eine einseitige Fokussierung nur auf die Verringerung verkehrsbedingter Kohlendioxide wird der ressourcen- und umweltschonenden Weiterentwicklung des Verkehrssystems nicht gerecht. Bei der Verkehrsvermeidung und der Verkehrsmittelwahl muss auf Anreize, nicht auf Verbote gesetzt werden.
3. Ein Europa, das schützt: Sicherheit bleibt auch künftig von zentraler Bedeutung für die europäische Verkehrspolitik. Der Schutz der Verkehrsinfrastruktur vor Terroranschlägen muss gemeinsam sichergestellt werden. Ebenso gilt es, die Mobilität der Menschen sicher zu gestalten und am Ziel einer Senkung der Verkehrstoten „auf Null“ festzuhalten. Sicherheitsaudits sollten nicht nur an Unfallschwerpunkten, sondern langfristig für das gesamte Netz durchgeführt werden.
4. Zum Klimaschutz beitragen: Zur Erreichung der EU-Klimaziele bedarf es einer verstärkten Verlagerung von Verkehren auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Im Personenverkehr bedeutet dies die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; für den Güterverkehr eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße. Zudem ist für eine klimafreundliche Gestaltung des Verkehrs der Einsatz alternativer, emissionsarmer Antriebe eine wichtige Maßnahme. Gleichzeitig brauchen wir eine optimale Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Dies muss auch auf europäischer Ebene unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips vorangebracht werden:
 - Einheitliche Standards: Zur Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs gilt es, einheitliche grenzüberschreitende Standards zu schaffen. Zudem benötigen wir ein europaweit flächendeckendes Netz an Verladeinfrastruktur.

- Technologieoffener Ansatz: Auf dem Weg zur emissionsarmen Mobilität müssen die Rahmenbedingungen technologieoffen und innovationsfreundlich gestaltet werden. Dies betrifft insbesondere auch neue Felder wie die Batteriezellenforschung.
 - Gemeinsames Netz an Tank- bzw. Ladeinfrastruktur: Für die Marktdurchsetzung neuer Antriebstechnologien muss ein europaweit einheitliches Netz an Tank- bzw. Ladeinfrastruktur zügig aufgebaut werden.
 - Initiativen mit Maß und Mitte: Eine vollständige Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Verursacher kann im Öffentlichen Personennahverkehr nicht angewendet werden, da dieser ansonsten für die Nutzer nicht bezahlbar wäre.
5. Digitalisierung und Automatisierung nutzen: Europa muss seiner Vorreiterrolle bei der flächendeckenden Umsetzung neuer Technologien gerecht werden. Dabei sind vor allem einheitliche technische Standards für interoperable, multimodale Systeme zu entwickeln. Nach unserem Verständnis gilt es, den Datenzugang „so offen wie möglich und so geschlossen wie nötig“ zu gestalten.
 6. Transformationsprozess des Verkehrsträgers Straße aktiv begleiten: Die Straße wird auf absehbare Zeit der Verkehrsträger Nummer 1 für die individuelle Mobilität bleiben und viele neue technische Entwicklungen wie Elektromobilität und automatisiertes Fahren hervorbringen. Die Umstellung auf Elektro- und Wasserstoffantriebe, die technologieoffene Förderung umweltfreundlicher Antriebstechnologien und die Implementierung eines klimafreundlichen Mobilitätssystems müssen weiter vorangetrieben werden. Dabei gilt es, ausreichend bezahlbaren Ökostrom herzustellen sowie moderne Speichertechnologien weiterzuentwickeln. Der Verbrennungsmotor bleibt jedoch aus unserer Sicht für den Individual- und Güterverkehr unverzichtbar; auch saubere Dieselsechnologie spielt bei der CO₂-Reduktion noch auf Jahre eine wichtige Rolle. Wir sollten uns daher gemeinsam für die Nutzung von Effizienzpotentialen, die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und den Flottenwechsel hin zu klimaverträglichen Antrieben einsetzen.
 7. Förderung des transeuropäischen Verkehrsnetzes: Der Ausbau des grenzüberschreitenden Straßen-, Schienen-, Luft- und Wasserstraßennetzes in der EU muss weiterhin mit Nachdruck betrieben werden. Hierfür müssen ausreichend EU-Fördermittel auch für Nicht-Kohäsionsländer bereitgestellt werden. Bei der Mittelvergabe sollten kleinere regionale Projekte mehr Berücksichtigung finden. Ein Eingriff in nationale Hoheitsrechte bei Planungs- und Genehmigungsverfahren durch die EU lehnen wir ab. Daneben muss unnötige Bürokratie abgebaut werden.
 8. Umsetzung des einheitlichen EU-Luftraums: Die Effizienz des Luftverkehrs und der Flughafeninfrastruktur muss gesteigert werden. Die Einführung des modernisierten Flugverkehrsmanagementsystems, die Beseitigung von Kapazitätsengpässen und eine bessere Verknüpfung mit den verschiedenen Verkehrsträgern sind wichtige Maßnahmen. Darüber hinaus sollten die Ziele des globalen Klimaabkommens CORSIA im EU-Weißbuch Verkehr verankert werden. Zudem wäre eine EU-Initiative zur Förderung der Entwicklung alternativer Kraftstoffe und effizienter Motoren für ein CO₂-neutrales Luftverkehrswachstum wünschenswert.
 9. Versachlichung der Debatte: Themen wie Klimaschutz, bezahlbare Mobilität und Digitalisierung bewegen die Menschen in Europa. Die Debatten sollten dabei sachlich geführt werden. Für die Evaluierung des EU-Weißbuchs Verkehr müssen alle bestehenden und künftigen Verkehrsträger mit ihren individuellen Stärken berücksichtigt werden.

10. Erarbeitung einer Strategie, um ein grenzüberschreitendes pandemieresistenteres Verkehrssystem aufzubauen, u.a. mit folgenden Aspekten:
 - Sicherheit als oberstes Gebot in allen Verkehrsbereichen (z.B. müssen Hygienemaßnahmen im öffentlichen Verkehr stärker in den Fokus gestellt werden).
 - Stärkung sämtlicher Verkehrsträger/-mittel, um genügend Alternativen vorhalten zu können.
 - Leistungsfähigkeit des internationalen Güterverkehrs sicherstellen (Grundversorgung der Bevölkerung).
 - Mit weiterem Ausbau der Digitalisierung das Verkehrssystem widerstandsfähiger machen (z.B. Auslastungssteuerung bei SPNV/ÖPNV), kontaktloser Ticketkauf/E-Ticketing).

Zusammenfassend ist ein grenzüberschreitender/europaweiter Pandemie-/Krisenplan zu entwickeln, der u.a. Systemrelevanz und Sofortmaßnahmen definiert, die Grundversorgung sicherstellt und Finanzhilfen einplant.

Berichtersteller: **Jürgen Baumgärtner**
Mitberichtersteller: **Sebastian Körber**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2020 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 31. Sitzung am 10. November 2020 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 32. Sitzung am 1. Dezember 2020 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungempfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass folgender letzter Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Bewertung des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ von 2011 (Teil I)

01.07.2020 – 23.09.2020

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität (Teil II)

01.07.2020 – 23.09.2020

Drs. 18/9999, 18/11687

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Europäische Kommission hat am 28.03.2011 das Weißbuch Verkehr mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ vorgelegt. Dabei soll auch den Herausforderungen in Bezug auf die steigenden Treibhausgasemissionen, die Ölabhängigkeit, die Infrastrukturüberlastung, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in den großen städtischen Zentren begegnet werden. Hierzu enthält das Weißbuch Verkehr 40 konkrete Maßnahmenvorschläge.

Der Bayerische Landtag sieht bei der Ausgestaltung der europäischen Verkehrspolitik eine erhebliche landespolitische Bedeutung. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums ist für Bayern als Land im Herzen Europas mit wirtschaftlichen Verflechtungen in den gesamten europäischen Raum wichtig.

Mit dem Weißbuch Verkehr 2011 und den daraus entstandenen EU-Mobilitätspaketen 2017/2018 wurden viele positive Maßnahmen angestoßen. Allerdings erweisen sich die Einsparziele und Zeitpläne im Verkehrsweißbuch als sehr ambitioniert und optimistisch und sind nur mit einer entsprechenden Mittelausstattung zu realisieren. Die einseitige Konzentration auf die Verringerung der verkehrsbedingten Kohlendioxide (um 60 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990) berücksichtigt andere Aspekte der Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte nicht im gebotenen Umfang. Auch die Verlagerungsziele (bis 2030 30 Prozent und bis 2050 mehr als 50 Prozent des Straßengüterverkehrs über 300 km auf andere Verkehrsträger) sind sehr ambitioniert. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass beim Schienenverkehr hinsichtlich der Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums gerade auch im Hinblick auf die Interoperabilität noch zu wenig erreicht wurde.

Das im Weißbuch genannte Ziel der Vollendung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes bis 2050 deckt sich mit den Zielen der TEN-V-Leitlinien, die aus bayerischer Sicht zu begrüßen sind. Es fehlt jedoch weiterhin die ausreichende Finanzierung des Ausbaus der Infrastruktur.

Das Verkehrsweißbuch will bis 2050 die Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz, vorzugsweise Hochgeschwindigkeitsschienennetz, sicherstellen. Mit dem Bahnknotenkonzept München unterstützt der Freistaat die Forderung zur verbesserten Anbindung aller Flughäfen des Kernnetzes an das Schienennetz. Das im Weißbuch vorgesehene Ziel eines einheitlichen europäischen Luftraums wird unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards grundsätzlich befürwortet. Insgesamt führt ein einheitlicher europäischer Luftraum zu mehr Effizienz und Klimaschutz und ist eine wichtige Stellschraube, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Luftfahrt zu steigern.

Die Forderung nach einer vollständigen Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Nutzer und Verursacher kann im ÖPNV nicht verfolgt werden, da der ÖPNV ansonsten für den Nutzer nicht bezahlbar wäre. Der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV würde erschwert werden, negative Auswirkungen wären die Folge.

Die Erarbeitung einer künftigen „EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität“ wird befürwortet. Hierbei soll u. a. durch die Beteiligung an der Konsultation versucht werden, bayerische Akzente in die künftige Strategie einzubringen und Konzepte zu entwickeln, um einerseits die derzeitige COVID-19-Pandemie zu bewältigen und andererseits auch auf etwaige künftige Krisen besser vorbereitet zu sein.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags stellen sich dabei folgende Aspekte als wesentlich dar:

1. Miteinander statt gegeneinander: Mobilität muss für alle in Europa sichergestellt sein – und zwar bedarfsgerecht, barrierefrei, nachhaltig und sicher.
2. Mobilität ganzheitlich betrachten: Eine künftige EU-Strategie muss sämtliche Dimensionen des Wandels – technologisch, wirtschaftlich, ökologisch und sozial – berücksichtigen. Trotz des Bekenntnisses zu den ehrgeizigen Klimaschutzzielen von Paris darf Mobilität kein Luxusgut werden. Eine einseitige Fokussierung nur auf die Verringerung verkehrsbedingter Kohlendioxide wird der ressourcen- und umweltschonenden Weiterentwicklung des Verkehrssystems nicht gerecht. Bei der Verkehrsvermeidung und der Verkehrsmittelwahl muss auf Anreize, nicht auf Verbote gesetzt werden.
3. Ein Europa, das schützt: Sicherheit bleibt auch künftig von zentraler Bedeutung für die europäische Verkehrspolitik. Der Schutz der Verkehrsinfrastruktur vor Terroranschlägen muss gemeinsam sichergestellt werden. Ebenso gilt es, die Mobilität der Menschen sicher zu gestalten und am Ziel einer Senkung der Verkehrstoten „auf Null“ festzuhalten. Sicherheitsaudits sollten nicht nur an Unfallschwerpunkten, sondern langfristig für das gesamte Netz durchgeführt werden.
4. Zum Klimaschutz beitragen: Zur Erreichung der EU-Klimaziele bedarf es einer verstärkten Verlagerung von Verkehren auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Im Personenverkehr bedeutet dies die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; für den Güterverkehr eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße. Zudem ist für eine klimafreundliche Gestaltung des Verkehrs der Einsatz alternativer, emissionsarmer Antriebe eine wichtige Maßnahme. Gleichzeitig brauchen wir eine optimale Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

Dies muss auch auf europäischer Ebene unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips vorangebracht werden:

- Einheitliche Standards: Zur Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs gilt es, einheitliche grenzüberschreitende Standards zu schaffen. Zudem benötigen wir ein europaweit flächendeckendes Netz an Verladeinfrastruktur.

- Technologieoffener Ansatz: Auf dem Weg zur emissionsarmen Mobilität müssen die Rahmenbedingungen technologieoffen und innovationsfreundlich gestaltet werden. Dies betrifft insbesondere auch neue Felder wie die Batteriezellforschung.
 - Gemeinsames Netz an Tank- bzw. Ladeinfrastruktur: Für die Marktdurchsetzung neuer Antriebstechnologien muss ein europaweit einheitliches Netz an Tank- bzw. Ladeinfrastruktur zügig aufgebaut werden.
 - Initiativen mit Maß und Mitte: Eine vollständige Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch die Verursacher kann im öffentlichen Personennahverkehr nicht angewendet werden, da dieser ansonsten für die Nutzer nicht bezahlbar wäre.
5. Digitalisierung und Automatisierung nutzen: Europa muss seiner Vorreiterrolle bei der flächendeckenden Umsetzung neuer Technologien gerecht werden. Dabei sind vor allem einheitliche technische Standards für interoperable, multimodale Systeme zu entwickeln. Nach unserem Verständnis gilt es, den Datenzugang „so offen wie möglich und so geschlossen wie nötig“ zu gestalten.
 6. Transformationsprozess des Verkehrsträgers Straße aktiv begleiten: Die Straße wird auf absehbare Zeit der Verkehrsträger Nummer 1 für die individuelle Mobilität bleiben und viele neue technische Entwicklungen wie Elektromobilität und automatisiertes Fahren hervorbringen. Die Umstellung auf Elektro- und Wasserstoffantriebe, die technologieoffene Förderung umweltfreundlicher Antriebstechnologien und die Implementierung eines klimafreundlichen Mobilitätssystems müssen weiter vorangetrieben werden. Dabei gilt es, ausreichend bezahlbaren Ökostrom herzustellen sowie moderne Speichertechnologien weiterzuentwickeln. Der Verbrennungsmotor bleibt jedoch aus unserer Sicht für den Individual- und Güterverkehr unverzichtbar; auch saubere Dieselseltechnologie spielt bei der CO₂-Reduktion noch auf Jahre eine wichtige Rolle. Wir sollten uns daher gemeinsam für die Nutzung von Effizienzpotenzialen, die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und den Flottenwechsel hin zu klimaverträglichen Antrieben einsetzen.
 7. Förderung des transeuropäischen Verkehrsnetzes: Der Ausbau des grenzüberschreitenden Straßen-, Schienen-, Luft- und Wasserstraßennetzes in der EU muss weiterhin mit Nachdruck betrieben werden. Hierfür müssen ausreichend EU-Fördermittel auch für Nicht-Kohäsionsländer bereitgestellt werden. Bei der Mittelvergabe sollten kleinere regionale Projekte mehr Berücksichtigung finden. Ein Eingriff in nationale Hoheitsrechte bei Planungs- und Genehmigungsverfahren durch die EU lehnen wir ab. Daneben muss unnötige Bürokratie abgebaut werden.
 8. Umsetzung des einheitlichen EU-Luftraums: Die Effizienz des Luftverkehrs und der Flughafeninfrastruktur muss gesteigert werden. Die Einführung des modernisierten Flugverkehrsmanagementsystems, die Beseitigung von Kapazitätsengpässen und eine bessere Verknüpfung mit den verschiedenen Verkehrsträgern sind wichtige Maßnahmen. Darüber hinaus sollten die Ziele des globalen Klimaabkommens CORSIA im EU-Weißbuch Verkehr verankert werden. Zudem wäre eine EU-Initiative zur Förderung der Entwicklung alternativer Kraftstoffe und effizienter Motoren für ein CO₂-neutrales Luftverkehrswachstum wünschenswert.
 9. Versachlichung der Debatte: Themen wie Klimaschutz, bezahlbare Mobilität und Digitalisierung bewegen die Menschen in Europa. Die Debatten sollten dabei sachlich geführt werden. Für die Evaluierung des EU-Weißbuchs Verkehr müssen alle bestehenden und künftigen Verkehrsträger mit ihren individuellen Stärken berücksichtigt werden.
 10. Erarbeitung einer Strategie, um ein grenzüberschreitendes pandemieresistenteres Verkehrssystem aufzubauen, u.a. mit folgenden Aspekten:
 - Sicherheit als oberstes Gebot in allen Verkehrsbereichen (z. B. müssen Hygienemaßnahmen im öffentlichen Verkehr stärker in den Fokus gestellt werden).
 - Stärkung sämtlicher Verkehrsträger/-mittel, um genügend Alternativen vorhalten zu können.

- Leistungsfähigkeit des internationalen Güterverkehrs sicherstellen (Grundversorgung der Bevölkerung).
- Mit weiterem Ausbau der Digitalisierung das Verkehrssystem widerstandsfähiger machen (z. B. Auslastungssteuerung bei SPNV/ÖPNV), kontaktloser Ticketkauf/E-Ticketing).

Zusammenfassend ist ein grenzüberschreitender/europaweiter Pandemie-/Krisenplan zu entwickeln, der u. a. Systemrelevanz und Sofortmaßnahmen definiert, die Grundversorgung sicherstellt und Finanzhilfen einplant.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Sehe ich nicht. – Abgeordneter Plenk. Es ging hier um Fraktionen. Gut, ich nehme es so auf. Danke. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Bewertung des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ von 2011 (Teil I)

01.07.2020 - 23.09.2020

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität (Teil II)

01.07.2020 - 23.09.2020

Drs. 18/9999, 18/11687 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Verfassungsstreitigkeiten

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. November 2020 (Vf. 90-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 5, 10 Abs. 4, § 11 Abs. 1 und 3, § 12 Abs. 2 Satz 2, § 13 Abs. 1 und 2, § 14 Abs. 1, § 23 der Achten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (8. BayIfSMV) vom 30. Oktober 2020 (BayMBI. Nr. 616, BayRS 2126-1-12-G)

P II-G 1310.20-0030

Drs. 18/11535 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher SPD
Kinder schützen, Kinder stark machen
Drs. 18/4534, 18/11566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Finanzielle Förderung des Freistaates Bayern für die
örtlichen Integrationsbeiräte
Drs. 18/8604, 18/11529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian Ritter,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Bestellung einer oder eines Beauftragten für Vielfalt und
gegen Rassismus
Drs. 18/8618, 18/11530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
 Filmförderung des FilmFernsehFonds Bayern reformieren -
 Qualität als Leitprinzip einführen
 Drs. 18/9177, 18/11400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Schützt die Moore und das Klima - EEG-Änderung für mehr
 Sonnenstrom auf renaturierten Flächen
 Drs. 18/9337, 18/11570 (A)

Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
 Markteintrittsbarrieren in der digitalen Branche abbauen
 Drs. 18/9363, 18/11401 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Polizeianwärter: zur Bestenauswahl zurückkehren!
Drs. 18/9720, 18/11145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Petra Guttenberger, Tobias Reiß u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. FREIE WÄHLER
Bauernland in Bauernhand
Drs. 18/9746, 18/11428 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u.a. SPD
Geschichte weitergeben - Geschehnisse um das Oktoberfest-attentat in der schulischen Bildung verankern
Drs. 18/9782, 18/11448 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
Drs. 18/9786, 18/11571 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildungsteilnahme ermöglichen - Zunehmende Benachteiligung von geflüchteten Schülerinnen und Schülern verhindern
Drs. 18/9960, 18/11450 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. AfD
Neugestaltung der Agrarpolitik zugunsten bäuerlicher Betriebe
Drs. 18/9983, 18/11429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler AfD
Vier Tierschutzbeauftragte für Bayern einsetzen
Drs. 18/9984, 18/11316 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlängerte Überbrückungshilfen: Chance für ein Bekenntnis zu Soloselbstständigen und einem starken Mittelstand auch in Bayern
Drs. 18/9987, 18/11461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Bekenntnis zur kolonialen Geschichte - Informationstafel im Prinzessin-Rupprecht- Heim Swakopmund errichten
Drs. 18/9990, 18/11574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Soloselbstständigen wieder Arbeit geben: Kosten aus Werk- und Honorarverträgen förderfähig machen
Drs. 18/9993, 18/11405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Unternehmen aus der Krise helfen: Verlustrücktrag einführen!
Drs. 18/10137, 18/11430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Denkmalschutz -Task Force 5 vor 12
Drs. 18/10149, 18/11203 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. AfD
Novellierung des Bundesjagdgesetzes auf Länderebene korrigieren I -
Einseitiger Klientelpolitik zulasten des Wildes einen Riegel vorschieben
Drs. 18/10153, 18/11431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

42. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. AfD
Novellierung des Bundesjagdgesetzes auf Länderebene korrigieren II -
Einseitiger Klientelpolitik zulasten des Wildes einen Riegel vorschieben
Drs. 18/10154, 18/11433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

49. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Europäische Jugendstrategie vorantreiben
Drs. 18/10325, 18/11575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regionales Metzgerhandwerk stärken - Fleischhygienegebühren
vereinheitlichen
Drs. 18/10345, 18/11437 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin,
Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Pragmatische und zweckmäßige Lösungen -
Beherbergungsverbot sofort wieder abschaffen
Drs. 18/10418, 18/11408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Gerd Mannes, Andreas Winhart u.a. AfD
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern sicherstellen - Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs) weiter optimieren
Drs. 18/10434, 18/11552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Härtefallregelung und Verfahrensprüfung für Prüfungsarbeiten im Staatsexamen Lehramt
Drs. 18/10500, 18/11452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. SPD
Kaffeesteuer für fair gehandelten Kaffee abschaffen
Drs. 18/10750, 18/11523 (A)

**Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann u.a. SPD
Kampf gegen den Hunger: Unterstützung für das Welternährungsprogramm
Drs. 18/10752, 18/11520 (A)

**Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit der HDP!
Drs. 18/10768, 18/11304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

57. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Solidarität mit dem globalen Süden: Schuldenmoratorium für die ärmsten Länder in der Coronakrise
Drs. 18/10784, 18/11305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

